

Kaum ein Thema spaltet derzeit die Bevölkerung so sehr wie die Frage einer möglichen Impfpflicht. Klar ist aber: Die Impfung hilft.



Foto: Imago Images

Wo die Eigenverantwortung endet

Muss jeder mit den Konsequenzen seines eigenen Handelns leben, wie es jetzt heißt? In Pandemiezeiten? Der Staat entzieht sich damit aus seiner Verantwortung – der Verantwortung, über eine Impfpflicht zu diskutieren.

Rebecca Oberdorfer

Bereits in den Wintermonaten ereilten uns seitens zahlreicher „Corona-Leugner“ diffuse Argumente eines Zusteuerns auf ein totalitäres Regime, eine Diktatur und sohin auf die Aushebelung unseres Verfassungsstaates. Eine Diktatur wurde herbeifantasiert, mitunter begründet durch absurde Verschwörungstheorien – und damit gar mitunter strafrechtlich relevantes Verhalten seitens der Verschwörungstheoretiker durch diese (zum Beispiel Sachbeschädigungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt) gerechtfertigt.

Mit diesen und weiteren nebulösen und disqualifizierenden Verschwörungstheorien wird nun gegen die Impfung und natürlich insbesondere gegen eine Impfpflicht argumentiert. Bei den Verschwörungsanhängern handelt es sich um Entsolidarisierte, die sich aber paradoxerweise „alternativ“ solidarisiert haben und eine zwischenzeitlich sehr starke Gemeinschaft begründet haben, die durch ihr Verhalten die öffentliche Sicherheit und körperliche Unversehrtheit von Bürgern, das Gesundheitswesen, die Erwerbsfreiheit (Wirtschaftsleben), das Recht auf Privat- und Familienleben oder auch das Recht auf Bildung unserer Kinder, gefährden.

Ein Bestreben vonseiten der Regierung, diesen gefährdenden Menschen Einhalt zu gebieten, lässt sich nicht erkennen. Vielmehr lässt sich aus den Aussagen unserer Politiker das ganz klare Statement entnehmen, keine Impfpflicht einführen zu wollen. Dies wird argumentiert damit, dass der Mensch die freie Entscheidung haben soll, sich impfen zu lassen oder nicht – mit dem Argument der „Eigenverantwortung“. Es müsse sohin jeder mit den Konsequenzen seines eigenen Handelns leben: ein klares Statement, basierend auf dem in unserem Staat zwischenzeitlich hinlänglich etablierten neoliberalen Gedankengut.

Warten auf Klarstellung

Lässt sich aber ein solcher Gedanke im Zusammenhang mit einer Pandemie tatsächlich umsetzen? Lässt sich die Pandemie tatsächlich mit Eigenverantwortung leben, oder bedarf es nicht doch eines kollektiven Schutzes der Solidargemeinschaft durch unseren Rechtsstaat? So funktioniert doch Eigenverant-

wortung nur dort, wo sie keine Auswirkungen auf Dritte, gegenständig die Gefahr eines weiteren Lockdowns und der Einschränkung zahlreicher Grundrechte Unschuldiger, nach sich zieht.

Seit langem vermisste ich eine juristische Klarstellung, dass der Lockdown oder eine Impfpflicht zum Schutz aller gerechtfertigt war beziehungsweise ist. Ich vermisste das klare Statement, dass die Einschränkung von Grundrechten im Interesse der öffentlichen Sicherheit verfassungsrechtlich nicht nur zulässig, sondern sogar dringend angebracht ist. Die Einschränkung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit des Einzelnen, zumal eben auch kaum eine Gefahr mit der Impfung der Vakzine einhergeht, ist gegenüber dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, der Erwerbsfreiheit, des Rechts auf Bildung sowie des Rechts auf Privat- und Familienleben des Kollektivs nachrangig und sohin verfassungsrechtlich zulässig.

Der Staat ist verantwortlich, das Kollektiv der Gesellschaft, die Soli-

dargemeinschaft, zu schützen und kann sich nicht plötzlich mit dem fadenscheinigen Argument der Eigenverantwortung aus seiner Verantwortung ziehen: Dafür gibt es zu viele Unschuldige (Impfwillige) und Schwache (Personen, die sich nicht impfen lassen dürfen) in unserer Solidargemeinschaft.

Nein, lieber Staat, so leicht kannst du dich nicht aus der Verantwortung ziehen und Unschuldige und Schwache durch Untätigkeit der egoistischen Entscheidung der Entsolidarisierten aussetzen! Aus Angst vor der Hysterie einer kleinen Zahl vehementer Gegner wird geschwiegen und die Interessen der Solidargemeinschaft als nachrangig erachtet. Dabei vollkommen unberücksichtigt bleibt aber die Enttäuschung und der drohende Zorn der derzeit noch brav mitspielenden Bürger, die sich solidarisch zeigen und trotz endloser Ermüdung durch den langen Lockdown mit Ausblick auf die Impfung ruhig und zuversichtlich blieben.

Wird es weiterhin eine solche Menge an impfwilligen Personen ge-

ben, oder läuft es schlussendlich nicht darauf hinaus, dass sich die Solidarisierten auch entsolidarisieren werden? Wer Zusammenhalt wünscht, muss diesen auch gewährleisten – und zwar indem nicht Nährboden geschaffen wird für Menschen, die wenig auf ein Kollektiv geben. Es muss Zuversicht geschaffen werden gegenüber denjenigen, die ein Gedankengut des Zusammenhaltens noch nicht verloren haben.

Eine Solidargemeinschaft kann sohin in ihrem Tun und Handeln nur bestärkt werden, wenn ihr Handeln belohnt wird. Belohnt dadurch, indem dem Recht des Einzelnen für das Kollektiv Grenzen gesetzt werden. Dabei handelt es sich nicht um die Aushebelung des Verfassungsstaates, sondern um den Schutz unserer Demokratie und Wertegesellschaft.

Eine demokratische Gesellschaft wird gerade daran gemessen, wie sie mit den Schwachen und Wehrlosen in ihrer Mitte umgeht. Im Kollektiv zu leben heißt auch, auf die Nächsten zu schauen, und wenn dies Einzelne nicht tun, so ist es die Aufgabe des Staates, diese Demokratie zu bewahren, darauf zu verweisen und der Toleranz gegenüber Intoleranz endgültig Einhalt zu gebieten.

REBECCA OBERDORFER ist Rechtsanwältin in Wien.

LESERSTIMMEN

Andere Komplimente

Betrifft: „Die Bücherfalle“ von Hans Rauscher

DER STANDARD, 31. 7. 2021
Wie wäre es, einmal etwas Positives zum „Plagiat“ zu schreiben! Theodor Fontane meinte einmal: „Über Plagiate sollte man sich nicht ärgern. Sie sind wahrscheinlich die aufrichtigsten aller Komplimente.“

Rudolf Prill
9071 Köttmannsdorf

Freie Wahl?

Betrifft: „Geld als Impfanreiz“ von Sebastian Fellner und Karin Bauer

DER STANDARD, 3. 8. 2021
Dem Kontra von Karin Bauer kann man nur zustimmen, zumal ja periodische Auffrischungsimpfungen alle neun Monate erforderlich sind. Ich bin doppelt mit Astra Zeneca geimpft, ohne jedwede Nebenwirkungen, und der Impfpieks ist lächer-

lich. Es ist und soll der freien Entscheidung jedes Einzelnen überlassen sein, ob er sich impfen lassen will oder nicht, aber Leckerchen sind Erziehungshilfen für Haustiere, beim sogenannten Homo sapiens sind sie überflüssig.

Gerhard Gessl
per Mail

Falsches Bild?

Betrifft: „Verantwortung nicht auf den Einzelnen abschieben“, Kommentar der anderen der SPÖ-Abgeordneten Julia Herr

DER STANDARD, 31. 7. 2021
Eine klare und gut lesbare Zusammenfassung und Schlussfolgerung von Julia Herr, der ich mich inhaltlich anschließe. Es hat mich aber empört, dass dieser Artikel mit dem Foto von Umweltministerin Leonore Gewessler „geschmückt“ wurde statt jenes von Julia Herr zu zeigen. Der Redaktion muss doch klar sein,

welche Werbewirkung Bilder haben!
Elisabeth Zoumboulakis-Rottenberg
per Mail

Grüße aus Lignano

Betrifft: „Lignano lebt“ von Jonas Vogt
DER STANDARD, 31. 7. 2021

Wir freuen uns, dass Sie unserem Urlaubsort eine so ausführliche Reportage gewidmet haben. Leider greift Herr Vogts Blick auf Lignano unserer Meinung nach viel zu kurz. Allem voran: Alle im Tourismus in Lignano Tätigen bekennen sich klar dazu, dass unser Ort ein breitgefächertes Angebot für alle Urlaubsbedürfnisse bieten soll. (...) Mittlerweile bieten 30 Kilometer Radwege jedem die Möglichkeit, sein Auto während des Urlaubs stehen zu lassen. Die Zeit ist also keineswegs stehen geblieben.

Massimo Brini,
Tourismus-Stadtrat der Gemeinde
Lignano Sabbiadoro, per Mail

Wir trauern um

Emer. Univ.-Prof. Dr. Marianne Lunzer

22.7.1919 – 27.7.2021

Marianne Lunzer promovierte 1942 an der Universität Wien zur Dr.phil. und begann ihre wissenschaftliche Karriere anschließend am 1942 eröffneten Institut für Zeitungswissenschaft, wo sie sich 1954 habilitierte. Ende 1981 übernahm sie, nach dem Tod von Prof. Dr. Kurt Paupié, die Leitung des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, die sie bis zu ihrer Emeritierung Ende 1985 innehatte.

Unsere Gedanken sind bei ihren Angehörigen.

Der Vorstand, die Studienprogrammleitung, die Studienrichtungsvertretung sowie die Studierenden und die Mitarbeiter*innen des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien

